

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Sorgauerstr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsänderung u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprechkreislauf Nr. 224.

Amüliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerdem während 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtlichen 30 Goldpfennig, einseitig. Umrahmungen, Scherenschnitte und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten. Telegraphische Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 19.

Dienstag, den 15. Februar 1927.

30. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Reichspräsident von Hindenburg war Gast des Königs von Schweden, der vorübergehend in der Reichshauptstadt weilte.

\* Zwei englische Regimenter sind zum erstenmal seit dem Vorkriegsaufstand in Gegenwart riesiger Menschenmassen in Ganganhat getandet worden.

\* Bei Hull stehen zwei Personenzüge zusammen; es gab 12 Tote und etwa 40 Verletzte.

\* Der in Warschau weilende Vertreter der polnischen Delegation für die Berliner Wirtschaftsverhandlungen ist nach Berlin gefahren worden, um die Tätigkeit der polnischen Delegation zu liquidieren.

## 81 Steuern.

Von besonderer Seite geht uns folgender Beitrag zu: Für die breite Masse des deutschen Volkes ist der Finanzbeamte eine recht unangenehme Erscheinung; aber das entspricht doch nicht von der Überlegung, daß dieser zwar unangenehm, aber doch notwendige Beamte genau so wie seine Kollegen nicht bloß Pflichten dem Staat gegenüber hat, dem er dient, sondern auch Rechte. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Döhrer hatte Gelegenheit, die Beamten seines Ressorts in ihren Epochenverrichtungen nicht bloß kennenzulernen, sondern auch ihre Klagen zu vernehmen. Die verschiedenen Vereinigungen der Steuerbeamten haben sich nämlich zu einem Bund Deutscher Reichsfinanzbeamter zusammengeschlossen und auf der Einigungsstimmung hat der neue Reichsfinanzminister Gelegenheit genommen, einmal darauf hinzuweisen, daß unsere Finanzämter tatsächlich vor dem Zusammenbruch stehen. Die Beamten sind in einer Weise überlastet, wie das kaum bei irgendeiner anderen Beamtenklasse der Fall ist. Vor bei freudiger anderen Beamtenklasse der Fall ist. Vor allem aber leidet darunter die Arbeit in verhältnismäßig vollster Form; denn es ist verhältnismäßig, wenn ein deutscher Reichsfinanzminister sagen muß: „Es ist notwendig, zu sagen, daß das, was wir heute Veranlagung nennen, gar keine Veranlagung ist; es ist eine Terminarbeit, um den Terminen gerecht zu werden.“ Der Reichsfinanzminister erklärte weiter, daß wir in den nächsten Jahren neue Steuererträge einfach nicht mehr vertragen, daß es vielmehr darauf ankomme, das neue System zu vereinfachen.

Wir haben in Deutschland nicht weniger als 81 verschiedene Steuern, darunter leider eine große Anzahl von Steuern, deren Bearbeitung viel Mühe verursacht, aber so gut wie keinen Ertrag einbringt. Die wichtigsten Steuern, also Einkommen-, Vermögens-, Latentzins-, Zins-, und Umsatzsteuer auf der direkten Seite, bringen ungefährt 95 % des Gesamtumfangs der Steuern in der Reichs- bzw. Staatskasse. Dazu kommen die Zölle. Und es ist feierlich festgestellt, daß z. B. die vier indirekten Steuern und die Zölle zusammen fast zwei Milliarden erbringen, aber das Duzend anderer indirekter Steuern zusammen nicht den zehnten Teil dieser Summe den Kassen zuführen. Es gibt Steuern, deren Ertrag noch hinter der Million zurückbleibt, deren Bearbeitung also in gar keinem Verhältnis zum Ertrage steht. Unverschieden bleibt die Arbeit des preussischen Finanzministers von Miquel, der der Schöpfer der preussischen Einkommensteuer gewesen ist; der Grundgedanke dieser Arbeit war nichts anderes als die größtmögliche Vereinfachung des Steuer-Systems. Wir werden an die Vereinfachung unserer Steuer-gesetzgebung denken müssen“, hat der neue Reichsfinanzminister an jener Tagung der Reichssteuerbeamten erklärt und die Hoffnung ausgesprochen, daß schon die nächsten Wochen eine fürhäre Entlastung der überlasteten Steuerbeamten bringen werden, weil viele unserer Gesetze schon heute beartet spezialisiert sind, um nur allen Umständen gerecht zu werden, daß sie gar nicht mehr richtig durchgeführt werden können. Eine einfach konstruierte Steuer bringt in der Regel weit höhere Erträge als die häufig wackelnde Stempelsteuer. Und man wird darangehen müssen, jene Steuern, deren Ertrag in keinem Verhältnis zu der aufgewandten Arbeit steht und die häufig nur aus falsch verstandenen sozialpolitischen Erwägungen geschaffen worden sind, zu beseitigen.

Wenn man damit rechnet, daß das deutsche Volkseinkommen etwa 50 Milliarden beträgt und daß die Reichs- und Staatskassen etwa ein Viertel dieses Einkommens in Anspruch nehmen, so muß es möglich gemacht werden, daß die Einbeziehung dieses Teiles mit weniger Kosten und weniger Arbeit erfolgt, als es bisher geschieht.

Sparsame Wirtschaft ist auf diesem Gebiete dringende Notwendigkeit und die Sparsamkeit hat sich dabei nicht bloß auf die materiellen Kosten zu beziehen, sondern auch auf die Menschen, die die Instrumente dieser Arbeit sind. Wenige, aber einfache und ertragsreiche Steuern müssen die Aufgabe erfüllen, dem Staate die finanziellen Grundlagen zu schaffen; und es bedeutet ganz abgesehen von der Höhe dieser Steuern eine Entlastung auch der Wirtschaft, wenn diese wenigen und einfachen Steuern, die außerdem ständig und unverändert bleiben, durch die Finanzmehrmere der Lebensnotwendigkeit der produzierenden Wirtschaft angepaßt werden. Hier gibt es eine wichtige Arbeit und eine wirklich lebensnotwendige Reform für den neuen Reichsfinanzminister.

## Die Note an Polen!

Rufe in den Handelsvertragskonferenzen. In dem Schreiben, das der deutsche Bevollmächtigte für Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär A. Dr. Erwald, dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn von Pradzynski überreichte, heißt es:

Was bekannt ist, hat die deutsche Regierung in den letzten Wochen bei der polnischen Regierung wegen der Ausweisung von vier leitenden Beamten der Oberschlesischen Kleinbahnverkehrsverwaltung A. G. Vorstellungen erhoben. Für die deutsche Regierung handelte es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um die Wahrung der persönlichen Interessen der betroffenen Reichsangehörigen. Wesentlich war vor allem der Umstand, daß die polnischen Behörden, insbesondere in Polnisch-Oberschlesien, in den letzten Monaten systematisch die Posten verfallen, Reichsangehörige, die in wirtschaftlichen Unternehmen tätig sind, aus diesen Stellungen durch behördlichen Druck auf die Unternehmungen oder durch Nichtgenehmigung der Aufenthaltserneuerung zu verdrängen.

Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vorstellungen die erwähnten Reichsangehörigen zum Verlassen des polnischen Staatsgebietes gezwungen. Sie hat damit auf die deutschen Vorstellungen, die sie nicht gewillt ist, auf die deutschen Vorstellungen in der Frage des Aufenthalts und der Wiederholung einzuweichen. Ich beehre mich daher, Ihnen mitzuteilen, daß nach Auffassung der deutschen Regierung eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Verhandlungen geboten ist.

In der Zwischenzeit würde zunächst der Versuch zu machen sein, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der in Rede stehenden Art ergeben. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen unverzüglich angeschlossen werden und zu einem Ergebnis führen, durch das der Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle vorgebeugt und die baldige Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen ermöglicht wird.

## Deutsch-polnische Schlichtungskommission.

Die angeklagte deutsch-polnische Schlichtungskommission zur Regelung der Streitfälle über den Erwerb oder Verlust der Staatsangehörigkeit oder die Gültigkeit einer Option nach dem Wiener Vertrag tritt am 15. Februar d. J. in Warschau zusammen. Die Schlichtungskommission kann sich grundsätzlich nur mit Streitfragen über Staatsangehörigkeit (Erwerb, Verlust und Option) befassen, die nach unrichtig in der Schweiz sind.

## Auflösung der polnischen Unterhandlungskommission.

Die Frage der polnischen Wanderarbeiter. Der seit einigen Tagen in Warschau weilende Bevollmächtigte Polens bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Pradzynski, hat den Auftrag erhalten, sich sofort nach Berlin zu begeben, um die Antwort auf das Schreiben des deutschen Bevollmächtigten, Herr Erwald, auf den Widerruf des polnischen Vertragsverhandlungen durch die deutsche Regierung habe Pradzynski zugleich den Auftrag erhalten, die polnische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, die noch in Berlin veranlagt ist, aufzulösen. Die Warschauer Regierung betrachtet im Gegensatz zur polnischen Presse die Lage sehr ruhig. In Warschauer Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß kein vollständiger Abbruch der Verhandlungen vorliegt; demnach soll in den nächsten Tagen die Abberufung der polnischen Delegation aus Berlin erfolgen.

Eine offizielle polnische Erklärung zu der Note Erwalds stellt den „Massencharakter“ der Ausweisungen aus Polen in Abrede und zieht dann die Abschließung einer sehr beträchtlichen Zahl von polnischen Wanderarbeitern, die bereits seit Jahren in Deutschland anwesend sind, zum Beweise dafür heran, daß von deutscher Seite ebenfalls während der Verhandlungen Ausweisungen vorgenommen worden seien. Weiterhin sei der deutsche Standpunkt, daß sich Polen in der Auslassungsfrage bereits vor dem Abschluß eines Vertrages mit Verpflichtungen belasten solle, die Gegenstand eben dieses Vertrages seien, nicht anzuerkennen, ebenso wenig, wie die deutsche Annahme, daß durch die Unterbrechung der Verhandlungen eine schnellere Einigung über die streitigen Punkte erzielt werden könne.

Zu diesen polnischen Ausführungen wird von offizieller deutscher Seite bemerkt, daß die Wanderarbeiterfrage, in der ein provisorisches deutsch-polnisches Abkommen erzielt ist, nicht mit der Niederlassungsfrage verquillt werden könne, weil es sich hierbei um eine Wanderbewegung und um Saisonarbeit handelt. Der frische Widerspruch zwischen den in Berlin im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen geführten Verhandlungen über das Aufenthaltsrecht und der Ausweisungspolitik der polnischen Behörden hat die Reichsregierung veranlaßt, einen Ausweg aus dieser unangenehmen Situation dadurch zu suchen, daß die deutsche Regierung bereit ist, in Warschau bereits angedeuteten Verhandlungen über die Ausweisung von Ausweisungen geförder werden sollen. Eine einseitige Belastung der polnischen Regierung würde eine Verständigung auf diesem Gebiet nicht bedeuten, da es sich ja um bereits eingetragene Verpflichtungen handelt. Eine deutsch-polnische Abrede über die Voraussetzungen, unter denen Ausweisungen verfallt werden sollen, hat bereits jahrelang bestanden. Leider hat sich Polen durch Erklärung der in Berlin weilenden polnischen Unterhändler bereits vor Monaten von dieser Abrede losgesagt. Diese Preisgabe einer bereits vorhandenen Basis der Verständigung auf diesem Gebiet zeigt ebenfalls die verärrtete Forderung der polnischen Politik, die nach in Polen anwesenden Reichsangehörigen die gleiche Behandlung zu gewähren, und es mag befremden, daß gegen eine Regelung dieser Frage, die fortwährend zu Meinungen zwischen beiden Staaten führt, schon jetzt Einwendungen von polnischer Seite erhoben werden.

Auf deutscher Seite besteht jedenfalls der Wunsch und die Absicht, durch eine Verständigung in der Ausweisungfrage auch die Einigung bei den Handelsvertragsverhandlungen zu erreichen.

## Hindenburg beim König von Schweden.

König Gustav vorübergehend in Berlin.

König Gustav von Schweden hat auf der Durchreise von Stockholm nach Rom in der Reichshauptstadt gewelt. Zu seiner Bewachung hatten sich auf dem Bahnhof der Oberste Protokollist, Generalmajor Köber, und der schwedische Gesandte af Wirsén mit allen Mitgliedern der Gesandtschaft eingeschunden. Der König, der in der schwedischen Gesandtschaft Wohnung nahm, empfing den Besuch des Reichspräsidenten, dem der König während eines kurzen Aufenthaltes in Berlin im April 1926 einen Besuch abgestattet hatte. Auf Einladung des Königs ist der Reichspräsident sodann zu einem Essen im kleinen Kretz in der schwedischen Gesandtschaft geblieben. Der König ist dann nach Rom weitergereist.

## Polnische Rundschau Deutsches Reich.

Für die fünfjährige Schutzfrist. Zur Durchführung der fünfjährigen Schutzfrist hat sich in Berlin aus den Arbeiterverbänden und aus den Kreisen der Verleger ein Aktionsausschuss gebildet. Es wurde beschlossen, die deutsche Regierung zu veranlassen, die fünfjährige Schutzfrist zum Schutze der Arbeiterwerke alsbald durch Gesetz einzuführen und auf der Staatskonferenz in Rom für die internationale Einführung der fünfjährigen Schutzfrist einzutreten. Es wurde ferner beschlossen, das deutsche Volk über die Notwendigkeit dieser Gesetzesänderung aufzuklären.

Eine Entschickung der Aldeutschen. Der Geschäftsführende Ausschuss des Aldeutschen Verbandes hat eine Entschickung gefaßt, die ernt, durch die Entsendung von vier deutschen Aldeutschen





jedoch die Angeklagten einwandfrei fest. Der Anwalt beantragte beim Angeklagten Schadloshaltung wegen des ersten Falles 1 Monat Gefängnis, wegen des zweiten Falles 14 Tage Gefängnis, beim Angeklagten Bärtich wegen des ersten Falles 40 M., und wegen des zweiten Falles 20 M. Geldstrafe. Beim Angeklagten Schiedelanz kamen seine Vorstrafen strafschärfend in Betracht. Das Gericht schloß sich in der Schuldfrage den Ausführungen des Ammanwalts an und erkannte beim Angeklagten Schiedelanz wegen Betrugs in zwei Fällen auf insgesamt 5 Wochen Gefängnis und beim Angeklagten Bärtich auf 50 M. Geldstrafe.

**Wittenberg.** Freitag mitlag gegen 1/12 Uhr brach auf dem Grundstück Mittelstraße 27, dem Buchdruckerbesitzer E. Sitz gehörig, ein Dachstuhlbrand aus. Die Feuerwehr griff sofort tatkräftig ein und brachte verschiedene Personen in Sicherheit, denen der Rückweg durch die Flammen abgeschnitten war.

**Grüßenhainichen.** Glück im Unglück hatte dieser Tage ein Brautpaar, der die hohe Aufgabe hatte, ein Brautpaar von seiner Trauung nach Bildung Gröbern heimzuführen. In Anbetracht des kalten Winters und im Vorgebirge des folgenden frohen Festes hatte sich die ganze Hochzeitsgesellschaft etwas zuviel dem Alkohol hingeegeben. Da auch der Richter seines Amtes nicht mehr ganz sicher waltete, fuhr der Wagen im Stütz der betrunkenen Personen zu. An der Chemischen Fabrik schlug die Pferde eine schnellere Gangart an und der Brautführer fiel durch den Wind aus dem offenen Jagdwagen auf das Straßengestell. Mit starken Kopfverletzungen wurde der junge Mann sofort dem Arzt zugewiesen, der ihm die erste Hilfe leistete. Das Brautpaar war infolge dessen gezwungen, allein in den Hafen der Ehe einzufahren. Gestern, 12. Februar, waren vormittags eilte ein älterer Herr, der mit dem Zuge hier angekommen war, am Hauptbahnhof in das dortige Friseurgeschäft, um sich rasieren zu lassen.

Dort wurde ihm plötzlich unwohl; er hat, sich etwas hinlegen zu dürfen. Das wurde gern gestattet. Kurz danach ereilte ihn ein tödlicher Schlaganfall. Der so früh aus dem Leben Gerissene ist der 58jährige Direktor Gustav Ruhlmann aus Glasgig in Anhalt.

**Blantenhain.** (Die Liebesprobe) Schloßherrlehrling Ernst ist in Liebe erglüht zu einer gleichaltrigen Schönen, namens Auguste. Aber sie sieht ihn nicht für voll an. Sie weiß: ein junges Mädchen ist mit 16 Jahren eine Dame, ein Jüngling mit 16 Jahren ein großer Junge. Ernst kann aber nicht leben ohne sie. Das will er ihr beweisen. Er will eine so gefühlvolle Probe seiner Liebe geben, daß sie in ihm den tragischen Helden sieht und weich wird wie Butter. Er holt sich aus der Bodentammer einen Strid und knüpft sorgfältig eine Seile. Als die Angebetete in Sicht kommt, hängt er sich auf. Aber der Strid zieht sich doch enger zusammen, als Ernst das beabsichtigt hat. In der Verzweiflung steckt er die Hand dazwischen. Doch der Strid würgt ihn so, daß er die Bestimmung verliert. Zum Glück findet Freunde in der Nähe, die auf Gustav's Hilfe rufe herbeieilen und den hilflosen Jüngling von seinem freiwilligen Galgen abnehmen. Fast hätte ihm die Liebesprobe das Leben gekostet. Noch lange wird er sich seinen schmerzenden Hals. Und dabei hat die ganze Sache nichts gehalten, denn Gustav erklärte, nun halte sie ihn erst recht für einen dummen Jungen.

**Gernode.** Der Gemeinderat Gemeinderat hielt eine Sitzung ab, in der Bürgermeister Schröder von Seiten des Stadtoberverwaltungsreferendars die erfreuliche Feststellung hinnehmen konnte, daß die ausgezeichnete fluge Wirtschaft und Finanzpolitik der Stadt, die vollständige hoch verzinsliche Anleihen vermeiden, dafür mit gutem Geldmarktstand über die Inflation hinweggekommen ist, ihr heute eine so günstige finanzielle Lage gebe wie nie zuvor. weise doch

der Verwaltungsbericht von 1924/25 ein Aktium von 702.000 M. bei 5880 M. Postiva auf, während 1913/14 den Aktiven von 111.000 M. Postiva von 353.000 M. gegenüberstanden, und diese 1920 gegen 594.000 M. bestrugen. Glückliches Gernode!

**Magdeburg, 11. Febr.** Gestern Abend kam es in Schönebeck zwischen den Mietsparteien eines Hauses zu Schlägereien, bei denen ein Arbeiter getötet wurde, ein Mann eine schwere Bauchverletzung erlitt und einer Frau der Schädel gespalten wurde. Die Polizei mußte mit 16 Mann eingreifen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

**Meerane.** Das bei dem Gleisführer Franz Bachmann, Schützenstraße, in Stellung befindliche Dienstmädchen erhielt die amtliche Benachrichtigung, daß ihr kürzlich in Amerika verbordener Anteil ihr eine Erbschaft von fünf Millionen Dollar vermacht hat. Die zur Ueberweisung der Erbschaft erforderlichen Papiere sind bereits eingereicht. Die reiche Erbin bleibt bis zur Auszahlung der Erbschaft noch in ihrer bisherigen Dienststelle.

## Unvermutete Ereignisse

wie Krankheit oder Unglücksfälle können jeden jederzeit treffen! Nicht ist es, daran zu denken! Ein Konto bei der Girokassette enthält Sie vieles Sorgen!

Spare in der Zeit, so hast Du in der Not!

14-GJ

Girokassette der Gemeindeparkasse Annaburg

## Oberförsterei Annaburg.

### Försterei Eldden.

Solzverkauf am Donnerstag, den 24. Februar 1927, im Gasthaus von Schäfer in Eldden von vorm. 11 Uhr ab.

Tagen 154, 155, 156, 157. Größe: 23 Stämme mit 3,92 fm Kl. 2; 3,12 fm Kl. 3; 2,89 fm Kl. 4; 1,96 fm Kl. 5; 5 m Nuthnippel (2,5 m lang); 4 m Schelt; 7 m Knüppel; 24 m Reis III; 2 m Stodholz; Fläche: 9 Stämme mit 0,15 fm Kl. 1; 1,88 fm Kl. 2; 1,47 fm Kl. 3; 2 m Knüppel; 6 m Reis III. Birke: 14 Stämme mit 0,90 fm Kl. 1; 2,40 fm Kl. 2; 1,13 fm Kl. 3; 5 m Reis III. Kiefer: 66 Stück Langholz mit 3,60 fm Kl. 2a; 11,11 fm Kl. 2b; 2,99 fm Kl. 3a; 213 Schnitt 5,48 fm Kl. 2a; 9,60 fm Kl. 2b; 8,02 fm Kl. 3a; 3,61 fm Kl. 3b; 287 m Schelt; 217 m Knüppel; 28 m Reis II.; 104 m Reis III.

## Zwangsversteigerung.

Am 16. Februar 1927, vormittags 11 Uhr, versteigere ich im Gasthof zum „Goldenen Ring“ in Annaburg:

1 Kleiderschrank und 1 Küchenschrank

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Gallo, Obergerichtsvollzieher in Pretzin.

## E. Ahmann, Jessen

liefert frischret eiserne Bausträger, Stallhulen, Stallfenster, Hausrauben, Drahtnägel zu äußerster Tagespreisen. Kostenaufschläge ohne Berechnung.

## Der Deutsche Rundfunk

die größte Funkzeitschrift bringt alle Programme und großen Unterhaltungs- und Bastelartikel. Nur 50 Pf. jede Woche. Abonnementsbestellung bei jedem Briefträger. Probeausgaben kostenlos vom Verlag Berlin St 24

## Drahtgeflechte für alle Zwecke

Drahtgäme, Zäune und Torwege, Spalier- u. Gehege-Draht, schwarz u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken, Drahtkörbe und Ketten.

Einfach-Apparate und Gläser, eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne und emaillierte Eimer und Töpfe.

Wilhelm Grahl.



Worum werden

## Original-Miele Qualitäts-Räder

nur durch Fahrradhändler verkauft?

Weil Ihnen beim Einkauf Ihres Fahrrades ein tüchtiger Fachmann Gewähr leisten soll.

Weil es nur recht und billig ist, daß der Mann, der für Sie in seiner Werkstatt alle möglichen kleinen unrentablen Reparaturen ausführen soll, auch Ihr Fahrradlerant ist.

Weil ein tüchtiger und zuverlässiger Fahrradhändler, der in Ihrer Nähe wohnt, der an Ihrem Orte Gewerbesteuer zahlt und den Sie vielleicht lange persönlich kennen, keine übermäßigen Profite durch den Verkauf scheinbar billiger minderwertiger Ware erzielen will, sondern im Interesse einer zufriedenen Kundschaft gerne zu möglichem Preise das Beste vom Besten, ein Miele-Verkauf.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen Fahrradfabrik in Bielefeld

Frauenverein „Frauenhilfe“. Donnerstag, den 17. 2., abends 8 Uhr Zusammenkunft im „Stadt Berlin“ zwecks Rechnungslegung. Der Vorstand.

Junges fleißiges Mädchen zum 1. März gesucht. Frau Kaufmann Fromm, Jessen a. Elster.

Ferkel stehen zum Verkauf Hinterstraße 5.

Älterwalzen Parkettfußboden u. Klebereiter liefert laufend Wilh. König, Alten E. Die Beleidigung gegen Martha Pette nehme ich als unwar zu rück. Frau Dertel, Naumburg.

Frische grüne Seringe empfiehlt Theobald Schulte.



HAUSWASCHEUCH TREFFER Allein-Verkauf für Annaburg Carl Quehl.

Am Montag Abend verschied nach längerem Leiden unter lieber Bruder, Schwager und Onkel Ernst Matthias im 71. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 1/3 Uhr vom Trauerhause, Holzbockerstr. 42, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen. Annaburg, den 15. Februar 1927.

Ich habe die Annahme für moderne Kunst-Plissé-Brennerei eingerichtet. Absendung erfolgt jeden Mittwoch. Rücklieferung innerhalb 3 Tagen. Carl Petzold.

Annaburger Landwehr-Berein c. B. Zu unserem am 19. u. 20. Februar, im Saale „zum goldenen Ring“ stattfindenden Winter-Bergnügen an dem die bekannten Leipzig'iger Rundfunk- und Schallplatten-Sänger Paul Prohl, mit seinen erstklassigen Varietékünstlern u. Kabarettisten mit einem vorzüglichen aussergewöhnlichen Weltstadprogramm aufwarten wird, laden wir die geehrte Einwohnerschaft Annaburgs ergebenst ein.

An beiden Abenden anschließend: Ball, ausgeführt vom Ballorchester der Dreiflerschule M. Rohrer, Annaburg, unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeisters Max Rohrer. Am 19. Febr. nur für Mitglieder und deren Frauen am 20. Febr. für unsere Mitglieder. Niemand veräume die günstige Gelegenheit, Großkühnlempfeiler unter so bequemen Bedingungen an Ort und Stelle zu sehen. Vorverkauf ab Mittwoch, den 16. Februar im Gasthof zum „Goldenen Ring“, Nummerierter Platz 1, 25, Annaburger Platz 1-M. Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Gasthof „Zur Herberge“ Freitag u. Sonnabend, den 18. u. 19. Februar Gr. Bockbiertrubel in den festlich geschmückten Räumen. Dazu empfehle: ff. Bodewitz, für andere Speisen (sonst für Getränke) ist bestens geforgt. Ab 9 Uhr tritt ein Originelles Bläser-Chor auf. Es gibt Stimmung u. Humor. Freundlichst ladet ein. Hugo-Linowitzki.

Gesangbücher in einfachen u. eleganten Einbänden und verschiedenen Preislagen empfiehlt Herm. Steinbeiß, Buchhandlung. Am 17. Februar: Schweinemarkt in Annaburg

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Ercheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Preis pro Nummer 10 Pf. Halbjährlich 5.00 Mk. Vierteljährlich 2.50 Mk. Einzelhefte 1 Pf. 10 Hefte 10 Pf. 20 Hefte 20 Pf. 30 Hefte 30 Pf. 40 Hefte 40 Pf. 50 Hefte 50 Pf. 60 Hefte 60 Pf. 70 Hefte 70 Pf. 80 Hefte 80 Pf. 90 Hefte 90 Pf. 100 Hefte 1.00 Mk.

Amthiliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Auktionserteil 30 Goldpf., einseit. Umrahmung. Schrägzei- gen und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten. Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Nr. 19.

Dienstag, den 15. Februar 1927.

30. Jahrg.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Reichspräsident von Hindenburg war Gatt des Königs von Schweden, der vorgab, sich als Reichspräsident zu bezeichnen.

\* Zwei englische Regimenter sind zum erstenmal seit dem Borker Aufstand in Gegenwart riesiger Menschenmengen in Ostpreußen gelandet worden.

\* Bei Hülff stehen zwei Personengänge zusammen; es gab 12 tote und etwa 40 Verletzte.

\* Der in Warschau weilende Vorsitzende der polnischen Delegation für die Berliner Wirtschaftsverhandlungen ist nach Berlin gefahren worden, um die Tätigkeit der polnischen Delegation zu liquidieren.

## 81 Steuern.

Von besonderer Seite geht uns folgender Beitrag zu: Für die breite Masse des deutschen Volkes ist der Finanzbeamte eine recht unangenehme Erscheinung; aber das entbindet doch nicht von der Abklärung, das genau so wie seine Kollegen nicht bloß Pflichten dem Staat gegenüber hat, dem er dient, sondern auch Rechte. Der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler hatte Gelegenheit, die Beamten seines Ressorts in ihren Spitzenvereinigungen nicht bloß kennenzulernen, sondern auch ihre Klagen zu vernahmen. Die verschiedenen Vereinigungen der Steuerbeamten haben sich nämlich zu einem Bund Deutscher Reichssteuerbeamter zusammengesprochen und auf der Einigungsstimmung hat der neue Reichsfinanzminister Gelegenheit genommen, einmal darauf hinzuweisen, daß unsere Finanzämter tatsächlich vor dem Zusammenbruch stehen. Die Beamten sind in einer Weise überlastet, wie das kaum bei irgendeiner anderen Berufsgruppe der Fall ist. Vor allem aber leidet darunter die Arbeit in verhängnisvoller Form; denn es ist verhängnisvoll, wenn ein deutscher Reichsfinanzminister sagen muß: Es ist notwendig, so sagen, daß das, was wir heute beantragen, nennbar, gar keine Beantragung ist; es ist eine Terminarbeit, um den Terminen gerecht zu werden. Der Reichsfinanzminister erklärte weiter, daß wir in den nächsten Jahren neue Steuererträge einbringen nicht mehr können, daß es vielmehr darauf ankomme, das neue System zu vereinfachen.

Wir haben in Deutschland nicht weniger als 81 verschiedene Steuern, darunter leider eine große Anzahl von Steuern, deren Bearbeitung viel Mühe verursacht, aber so gut wie gar keinen Ertrag einbringt. Die niedrigsten Steuern, also Einkommen-, Vermögens-, Kapitalertragssteuer auf der direkten, Bier-, Tabak-, Zucker-, Brauwein- und Umsatzsteuer auf der indirekten Seite, bringen ungefähr 95 % des Gesamtumfangs der Steuern in die Reichskasse. Staatskassen. Dazu kommen die Zölle. Und es ist heute noch bezeichnend, daß z. B. die vier indirekten Steuern und die Zölle zusammen fast zwei Milliarden erbringen, aber das Duzend anderer indirekter Steuern zusammen nicht den zehnten Teil dieser Summe den Kassen zuführen. Es gibt Steuern, deren Ertrag noch hinter der Million zurückbleibt, deren Bearbeitung also in gar keinem Verhältnis zum Ertrage steht. Unvergessen bleibt die Arbeit des preisgünstigen Finanzministers Dr. Miquel, der der Schieber der preussischen Einkommensteuer gewesen ist; der Grundgedanke dieser Arbeit war nichts anderes als die größtmögliche Vereinfachung des Steuer- systems. Wir werden an die Vereinfachung unserer Steuererträge denken müssen, hat der neue Reichsfinanzminister auf jener Tagung der Reichssteuerbeamten erklärt und die Hoffnung ausgesprochen, daß schon die nächsten Wochen eine fürharte Einlassung der überlasteten Steuerbeamten bringen werden, weil viele unserer Gesetze zudem heute derart spezialisiert sind, um nur allen Umständen gerecht zu werden, daß sie gar nicht mehr richtig durchgeführt werden können. Eine einfach konstruierte Steuer bringt in der Regel weit höhere Erträge als die häufig wuchernde kompliziertere. Und man muß daran gehen müssen, jene Steuern, deren Ertrag in keinem Verhältnis zu der aufzuwendenden Arbeit steht und die häufig nur aus falsch verstandenen sozialpolitischen Erwägungen entstanden sind, zu beseitigen.

Wenn man damit rechnet, daß das deutsche Volk ein- kommen etwa 50 Milliarden beträgt und daß die Reichs- und Staatskassen etwa ein Viertel dieses Einkommens in Anspruch nehmen, so muß es möglich gemacht werden, daß die Einbeziehung dieses Teiles mit weniger Kosten und weniger Arbeit erfolgt, als es bisher geschieht.

Sparsamke Wirtschaft ist auf diesem Gebiete dringende Notwendigkeit und die Sparsamkeit hat sich dabei nicht bloß auf die materiellen Kosten zu beziehen, sondern auch auf die Menschen, die die Instrumente dieser Arbeit sind. Wenige, aber einfache und ertragsreiche Steuern müssen die Aufgabe erfüllen, dem Staate die finanziellen Grundlagen zu schaffen; und es bedeutet ganz abgesehen von der Höhe dieser Steuern eine Entlastung auch der Wirtschaft, wenn diese wenigen und einfachen Steuern, die außerdem ständig und unverändert bleiben, durch die Finanzmachienerie der Lebensnotwendigkeit der produzierenden Wirtschaft angepaßt werden. Hier gibt es eine wichtige Arbeit und eine wirklich lebensnotwendige Reform für den neuen Reichsfinanzminister.

## Die Note an Polen!

Pause in den Handelsvertragskonferenzen. In dem Schreiben, das der deutsche Bevollmächtigte für Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn von Pradzynski überreichte, heißt es:

Wie bekannt ist, hat die deutsche Regierung in den letzten Wochen bei der polnischen Regierung wegen der Ausdehnung von vier hundert Beamten der Oberstele- tischen Kleinbahnverkehrsleitung V. G. Vorstellungen erhoben. Für die deutsche Regierung handelte es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um die Wahrung der per- sönlichen Interessen der betroffenen Reichsangehörigen. Wesentlich war vor allem der Umstand, daß die pol- nischen Behörden, insbesondere in Politzki-Verfahren, in den letzten Monaten systematisch die Politzki-Verfahren, Reichsangehörige, die in wirtschaftlichen Unternehmen tätig sind, aus diesen Stellungen durch behördlichen Druck auf die Unternehmen oder durch Nichtgenehmigung der Ausfuhrerlaubnis entzogen zu haben.

Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vor- stellungen die erwähnten Reichsangehörigen zum Ver- lassen des polnischen Staatsgebietes gezwungen, damit auf neue zu erkennen gegeben, daß nicht willkürlich auf die deutschen Wirtschaften in den Außenhandels und Wirtschaftsverhältnissen einzu- greifen sich hat, ihnen mitzuteilen, daß nach der deutschen Regierung eine vorläufige Aus- scheidung in Berlin geführten Verhandlungen ge- schehen wird.

In der Zwischenzeit wurde zunächst be- machten sein, diejenigen Fragen zu regeln, die Ausweisungen und Veränderungen der in- den Art ergeben. Ich hoffe, daß diese Vor- urteilslos ankommen werden und zu ge- recht sein, durch das der Zwischenfälle vorbeigehet und die baldige Aufnahme der Gesamterhandlungen ermöglicht werden.

### Deutsch-polnische Schlichtungskommission

Die angeforderte deutsch-polnische Schlichtungskommission zur Regelung der Streitfälle über oder Verlust der Staatsangehörigkeit oder über eine Option nach dem Wiener Vertrag vom 15. Februar d. J. in Warschau zusammen zu kommen über Staatsangehörigkeit (Erwerb, Verlust) besessen, die nach unten absteigen.

### Auflösung der polnischen Unterhandlungskommission

Die Frage der polnischen Wab...

Der seit einigen Tagen in Warschau weilende Bevollmächtigte Polens bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Pradzynski, hat den Auftrag erhalten, sich sofort nach Berlin zu begeben, um die Antwort auf das Schreiben des deutschen Bevollmächtigten dem Reichsfinanzminister zu überbringen. Mit Rücksicht auf den Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen durch die deutsche Regierung habe Pradzynski zugleich den Auftrag erhalten, die polnische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, die noch in Berlin verhandelt ist, aufzulösen. Die Warschauer Regierung betrachtet im Gegensatz zur polnischen Presse die Lage sehr ruhig. In Warschauer Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß kein vollständiger Abbruch der Verhandlungen vor- liegt; demnach soll in den nächsten Tagen die Abberufung der polnischen Delegation aus Berlin erfolgen.

Eine offiziöse polnische Erklärung zu der Note Lewalds stellt den „Massencharakter“ der Ausweisungen aus Polen in Abrede und zieht dann die Ab- scheidung einer sehr beträchtlichen Zahl von polnischen Landarbeitern, die bereits seit Jahren in Deutsch- land anwesend sind, zum Beweise dafür heran, daß von deutscher Seite ebenfalls während der Verhandlungen Ausweisungen vorgenommen worden seien. Hinsichtlich sei der deutsche Standpunkt, daß sich Polen in der Nieder- lassungsfrage bereit vor dem Abschluß eines Vertrages mit Verpflichtungen belassen solle, die Gegenstand eben dieses Vertrages seien, nicht anzurechnen, ebensowenig wie die deutsche Annahme, daß durch die Unterbrechung der Verhandlungen eine schnellere Einigung über die streitigen Punkte erzielt werden könne.

Zu diesen polnischen Auslassungen wird von offi- zióser deutscher Seite bemerkt, daß die Wande- arbeiterfrage, in der ein provisorisches deutsch- polnisches Abkommen erzielt ist, nicht mit der Nieder- lassungsfrage verquickt werden könne, weil es sich hierbei um eine Wandererfrage handelt, nach dem polnischen Standpunkt im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen ge- führten Verhandlungen über das Aufenthaltsrecht und der Ausweisungspraxis der polnischen Behörden hat die Reichsregierung veranlaßt, einen Ausweg aus dieser unzulässigen Situation dadurch zu suchen, daß zunächst die von deutscher Seite in Warschau bereits an- geregten Verhandlungen über die Ausweisung von Aus- weisungen gefördert werden sollen. Eine einseitige Be- lastung der polnischen Regierung würde eine Verständig- ung auf diesem Gebiet nicht bedeuten, da es sich ja um beiderseitig eingehende Verpflichtungen handeln würde. Eine deutsch-polnische Abrede über die Voraussetzungen, unter denen Ausweisungen verfaßt werden sollen, hat bereits jahrelang bestanden. Leider hat sich Polen durch Erklärung der in Berlin weilenden polnischen Unterhändler bereits vor Monaten von dieser Abrede losgeragt. Diese Preisgabe einer bereits vorhandenen Basis der Ver- handlungen auf diesem Gebiet zeigt ebenfalls die verärferte Haltung, die nach in Polen an- geregt zu werden, gegen eine Regelung dieser Ange- legenheiten zwischen beiden Staaten.

Die Abrede besteht jedenfalls der Wunsch eine Verständigung in der die Einigung bei den Handels- verhandlungen von polnischer Seite zu erreichen.

### König von Schweden.

rübergehend in Berlin. Schweden hat auf der Durchreise in der Reichshauptstadt gewirkt, um sich auf dem Bahnhof der Chef der Köhler, und der schwedische Oberst allen Mitgliedern der Gefandtschaft König, der in der schwedischen Mission, empfing den Besuch des Königs während eines kurzen Besuchs im April 1926 einen Besuch abgeben des Königs ist der Reichs- am Essen im kleinen Kreis handlich geblieben. Der König ergereift.

### Die Rundschau.

Das schlesische Reich.

Für die fünfjährige Schutzfrist. Zur Durchführung der fünfjährigen Schutzfrist hat sich in Berlin aus den Arbeiterverbänden und aus den Kreisen der Betreger ein Aktionsauschuß gebildet. Es wurde beschlossen, die deutsche Regierung zu veranlassen, die fünfjährige Schutzfrist zum Schutze der Arbeiterwerte alsbald durch Gesetz einzuführen und auf der Staats- konferenz in Rom für die internationale Einführung der zwingenden fünfjährigen Schutzfrist einzutreten. Es wurde ferner beschlossen, das deutsche Volk über die Not- wendigkeit dieser Gesetzesänderung aufzuklären. Eine Entschließung der Arbeitgeber.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Arbeitgebers Verbandes hat eine Entschließung gefaßt, die erzielt, durch die Entsendung von vier deutschnationalen Abge-